

Kultur macht Schule

Musische Zusatzangebote sollen dem Bildungsnotstand begegnen. Bleibt dabei die Kunst auf der Strecke? **Seiten 23, 24**

Abb.: Goethe, Tischbein, 1787/Shakespeare, unbek. Künstler, ca. 1610/Platon, Silanion, ca. 345 v.u.Z./aus »Die Schule von Athen«, Raffael, 1511

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Sonnabend/Sonntag, 1./2. November 2014

69. Jahrgang/Nr. 254 Bundesausgabe 2,00 € www.neues-deutschland.de

STANDPUNKT Hauptsache Maut

Uwe Kalbe über den Gesetzentwurf von Verkehrsminister Dobrindt

Was bringt die Maut? Erstens: Der Verkehr wird, wo es zu teuer wird, auf Nebenstraßen abfließen. Zweitens: Viel Geld scheint sie trotzdem nicht einzubringen, weil sie – drittens – allein aus den Geldbörsen der autobahnbefahrenden Ausländer finanziert wird. Viertens ist dies ein rechtliches Problem der Ungleichbehandlung der Autofahrer, das auch im jüngsten Entwurf von Minister Dobrindt nicht überzeugend ausgeräumt ist. Wenn man bedenkt, dass die Maut in erster Linie ein Instrument der Verkehrspolitik sein soll, muss man das Ganze für einen Kolbenfresser halten.

Das Beeindruckendste an der Maut ist deshalb immer noch die CSU. Sie schert sich nicht die Bohne um Warnschilder am Wegesrand. Bedenkenträger, Fachleute, leise oder laut – Hauptsache Maut. Es gibt im Grunde niemanden, der an der Gebühr in der Seedorfbrindthofer-Auslegung nichts auszusetzen hätte. Und trotzdem beginnt die Sicherheit zu schwinden, dass sie am Ende scheitern muss. Wie auf einem beliebigen Münchner Oktoberfest beklagt die CSU die angeblich einseitige Belastung der Bayern und dringt damit nicht nur in Bayern durch, wie es aussieht. So dass nun mit dem Datenschutz schon beinahe das letzte Hindernis aufgebaut wird, um den Mautplan aufzuhalten. Man möchte sich die Augen reiben über die Spielräume, die die parlamentarische Demokratie den ausreichend dickköpfigen Vertretern ihrer Zunft einräumt. Das ist zugleich die beunruhigende Seite des CSU-Gewaltmarsches.

UNTEN LINKS

Wie man heute weiß, unterliefen dem Geheimdienst der DDR nicht nur Fehldiagnosen: Schlimme Gefahren, so diagnostizierte er, drohten dem Sozialismus vor allem aus dem Milieu der rübenbärtigen Christen, der schlechte Verse nölenden Klampfenspieler und der vor Selbstgerechtigkeit dampfenden Friedenskreis- und Teestubentanten. Von all jenen also, die kurze Zeit später tatsächlich die DDR mittels negativer Emotionen und auf undisziplinierteste Weise gnadenlos zugrunde beteten sowie das Wunder der Marktwirtschaft herbeijammerten. Da ist es nicht verwunderlich, dass die Stasi 1987 lieber den US-amerikanischen Sänger Bob Dylan in Berlin (Ost) auftreten ließ. Bei diesem handele es sich »um einen der sogenannten Altmeister des Rock«, dichtete die Hauptabteilung XX seinerzeit ebenso frech wie ahnungslos. Sicher war sie aber, dass der Mann sich wenigstens »diszipliniert verhalten wird und bei seinem Auftritt keine negativen Emotionen zu erwarten sind«. Puh! *tbl*

Wahlkampf und Gasfrieden

Russischer Hilfskonvoi für die Ostukraine / Einigung über Energielieferungen



Unübersehbar in der Ostukraine: »Humanitäre Hilfe der Russischen Föderation«

Foto: AFP/Sergey Venyavsky

Berlin. Im Schmuck des Staatswappens und der Trikolore Russlands passierten die ersten Fahrzeuge des vierten Hilfskonvois aus dem Nachbarland am Freitag die Grenze zur Ostukraine. Rund 100 Lastwagen bringen insgesamt 1000 Tonnen Lebensmittel, Medikamente sowie Hilfsgüter für die Vorbereitung auf den Winter nach Donezk und Lugansk. Waffen seien bei Kontrollen am Grenzübergang nicht gefunden worden, informierten die ukrainischen Behörden.

Die Lieferung erfolgt pünktlich zu den Wahlen der Führungen und Parlamente in der abtrünnigen prorussischen Region am Sonntag.

Mit der dringend nötigen Hilfe setzt Moskau ein demonstratives Zeichen. Der Kreml hofft, dass das Votum die Lage in der Region beruhige und stabilisiere, erklärte der Chef der präsidentialen Administration, Sergej Iwanow. Die Wahlen würden anerkannt. Der Westen ist sich hingegen mit der Zentralmacht in Kiew einig, dass die Abhaltung der Wahlen gegen die Minsker Vereinbarung verstoße und deren Ergebnis nicht anzuerkennen sei.

Als ermutigender Schritt zur Entschärfung des Konfliktes aufgenommen wurde hingegen eine als Gasfrieden bezeichnete Einigung zwischen Russland und der Ukraine. Die Ener-

gieminister beider Seiten hatten sich am Donnerstagabend in Brüssel auf ein Winterpaket mit einem festen Gaspreis für neue Lieferungen, Vorauszahlungen und die Rückzahlung von Milliarden schulden geeinigt. Die EU-Kommission meinte nach den nächtlichen Verhandlungen, dass alle gewonnen hätten, weil nun keine Wohnungen – weder in der Ukraine noch in der EU – kalt bleiben müssten. Die EU hatte befürchtet, die Ukraine als wichtigstes Transitland für russisches Gas könnte aus den für Westeuropa bestimmten Lieferungen größere Mengen für den Eigenbedarf abzweigen. *Agenturen/nd*

Seite 7

Maut-Entwurf kann Kritiker nicht besänftigen

Minister Dobrindt zeigt sich überzeugt, dass sein Gesetz nun alle EU-Vorbehalte ausräumt

Die CSU lässt nicht ab von ihrem Vorhaben »Pkw-Maut für Ausländer«. Der Gesetzentwurf ist veröffentlicht, folgerichtig setzt der Chor der Kritiker ein.

Von Uwe Kalbe

Mit einem spöttischen Blick nach Frankreich, wo der Vertrag mit dem beauftragten Konsortium Ecomouv' soeben gekündigt und damit die Maut-Pläne für Lkw auf Eis gelegt wurden, kann die CSU in Deutschland für ihr umstrittenes Projekt »Pkw-Maut nur für Ausländer« eine neue Wegmarke abhaken. Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt legte die Streitigkeiten in den Reihen der Union bei und am Donnerstag den Entwurf eines Gesetzes vor.

Die Pkw-Maut, die 2016 eingeführt werden soll, sucht einen Weg zwischen vielen Klippen. Geld sollte sie bringen, deutsche Kraftfahrer sollte sie nicht belasten, EU-Recht durfte sie nicht ver-

letzen, den Bundesländern in Grenzpartnerschaft sollte sie entgegenkommen – denn kleinen Grenzverkehr und Tourismus dürfe die Maut nicht behindern.

All dies will Dobrindt nun berücksichtigen haben. Nach »intensiven Gesprächen« begleite die EU-Kommission das Projekt jetzt »sehr positiv«. Doch bei der Ungleichbehandlung von Aus- und Inländern bleibt es. Die deutschen Autofahrer sollen die Maut zahlen, aber dafür weniger Kfz-Steuer – in der Summe also nicht mehr als bisher. Motorräder sind ausgenommen. Maximal 130 Euro werden dem deutschen Autofahrer berechnet, abhängig vom Hubraum des Fahrzeugs beziehungsweise vom Gewicht des Wohnmobils. Trotzdem soll die Maut Geld bringen – mit 500 Millionen Euro rechnet Dobrindt angeblich, nach Abzug von 195 Millionen Euro für Betriebs- und Personalkosten. Allein auf Autobahnen und Bundesstraßen wird die Gebühr erh-

oben; Besucher im kleinen Grenzverkehr können diese umgehen. Da Inländer durch den Steuerausgleich praktisch keine Maut zahlen, bezweifeln Experten be-

»Wir haben die härtestmöglichen Datenschutzregeln aufgenommen, die wir in Deutschland kennen.«

Minister Dobrindt, CSU

reiten einen ökonomischen Nutzen und rechnen mit einem Nullsummenspiel.

Das Echo fiel entsprechend unfreundlich aus. SPD-Landesminister Dobrindt äußerten Skepsis, Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) rechnet mit juristischen Schritten der Nachbarländer. Auch Europapolitiker

winken ab. Der Vorsitzende des Verkehrsausschusses im EU-Parlament, Michael Cramer, erwartet, dass Brüssel die Pläne stoppt. »Das EU-Recht wird dem diskriminierenden Plan einer »Pkw-Maut für Ausländer« einen Riegel vorschieben«, sagte der Grüne der »Neuen Osnabrücker Zeitung«.

Den größten Aufruhr aber verursachen datenschutzrechtliche Bedenken. Kraftfahrer erhalten keine Vignette. An Autobahnkontrollpunkten wird das Fahrzeug elektronisch erfasst und geprüft, ob die Gebühr gezahlt wurde. Danach sollen die Reisedaten sofort gelöscht werden. Und wenn nicht? Die technische Möglichkeit, Bewegungsprofile zu erstellen, beunruhigt die Kritiker. Die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff kündigte an, sie werde »mindestens die hohen datenschutzrechtlichen Standards der Lkw-Maut einfordern«: strenge Zweckbindung und unverzügliche Löschung.

Burkina Fasos Präsident beugt sich Massenprotest

Blaise Compaoré legte sein Amt nieder / Wahlen angekündigt

Ouagadougou. Fast genau 27 Jahre nach seinem Putsch ist Burkina Fasos Präsident Blaise Compaoré zurückgetreten – unter dem Druck von Zehntausenden Demonstranten und der Armeeführung, die sich am Freitag auf die Seite der Protestbewegung stellte. »Die Macht gehört jetzt dem Volk«, erklärte Armeechef Honoré Traoré unter dem Jubel der Menge auf dem Platz der Nationen in der Hauptstadt Ouagadougou.

Kurz darauf ernannte sich der Armeechef selbst zum Präsidenten. Viele Demonstranten hatten dies gefordert, weil sie der als korrupt verrufenen politischen Klasse nicht trauen. In einer Erklärung, die im Staatsfernsehen verlesen wurde, sind Neuwahlen binnen 90 Tagen angekündigt. Compaoré selbst hatte Traoré am Donnerstag zum Chef einer Übergangsregierung ernannt.

Prominente Oppositionspolitiker traten am Freitag gemeinsam öffentlich mit Traoré auf – ein Zeichen, dass sie einem von ihm geführten Übergang womöglich zustimmen würden. Einer von ihnen, Roch Marc Kaboré, hatte am Morgen erklärt, über die Art der Übergangsregierung bis zu Neuwahlen müssten Politik und Gesellschaft gemeinsam nach Compaorés Rücktritt entscheiden.

Wo Compaoré sich nach der Erklärung aufhielt, war zunächst unklar. Berichte, dass er sich nach Ghana absetzen wollte, blieben unbestätigt. Seit Wochen hatten sich Tausende gegen den Plan Compaorés gewandt, seine Amtszeit über 2015 hinaus zu verlängern. Doch als das Parlament am Donnerstag über das Gesetz diskutierte, eskalierten die Proteste. Als das Parlament in Flammen stand, wurde wohl auch Compaoré klar, dass er sich verkalkuliert hatte. *epd/nd*

Seite 6

Brandenburger LINKE-Basis klar für Rot-Rot

92 Prozent stimmen Koalitionsvertrag mit der SPD zu

Potsdam. Mit großer Mehrheit haben die Parteimitglieder der Brandenburger LINKEN dem Koalitionsvertrag mit der SPD zugestimmt. Für die Abmachung zur Neuaufgabe der rot-roten Landesregierung in Brandenburg hätten sich 92,4 Prozent der Teilnehmer an dem Mitgliederentscheid ausgesprochen, sagte Parteichef Christian Görke am Freitag nach der Auszählung in Potsdam. Knapp sechs Prozent stimmten mit Nein und 1,7 Prozent enthielten sich. »Das ist ein großartiges Ergebnis, das mich in dieser Deutlichkeit überrascht hat«, sagte Görke. »Damit ist der Weg frei für die Neuaufgabe der rot-roten Koalition.« Auf Sonderparteitagen von SPD und LINKEN soll die Koalition am Samstag endgültig besiegelt werden. Am Mittwoch sind die Wahl von Ministerpräsident Dietmar Woidke (SPD) und die Vereidigung seines Kabinetts im Landtag geplant.

Mit einer möglichen Beteiligung an der Landesregierung in Thüringen, wo ein rot-rotes Bündnis im Gespräch ist, erhofft sich die LINKE auch einen stärkeren Einfluss auf die Bundespolitik. Linksfraktionschef Gregor Gysi verwies am Freitag nach einer Konferenz mit den Fraktionsvorsitzenden der Länder auf die wachsende Präsenz der Linkspartei im Bundesrat. Erstmals wäre die Partei mit einem Regierungschef Bodo Ramelow in der einflussreichen Konferenz der Ministerpräsidenten vertreten. »Ich glaube schon, dass der Respekt gegenüber uns zunehmen wird«, sagte Gysi. Die Parteiführungen von LINKE, SPD und Grünen in Erfurt hatten sich in der vorigen Woche auf die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen unter Führung der Linkspartei verständigt. *dpa/nd*

Seiten 5 und 14

